Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 74 (1994)
Heft: 7-8

Artikel: Das Erbe des 20. Juli
Autor: Schlie, Ulrich
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-165308

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ulrich Schlie, geboren 1965, war 1991–1993 persönlicher Referent des Direktors und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen/Isar, seit 1993 in Bonn; Veröffentlichungen: Kein Friede mit Deutschland. Die geheimen Gespräche im Zweiten Weltkrieg (1939–1941), Langen Müller, München 1994; zahlreiche Aufsätze und Zeitungsartikel zur deutschen und europäischen Geschichte seit dem 18. Jahrhundert.

20. Juli 1944

Das Erbe des 20. Juli

Als Fazit des verborgenen Kampfes gegen Hitlers «Drittes Reich» gehört das Attentat vom 20. Juli 1944 zur «moralischen Substanz» der deutschen Geschichte und bewahrt in Gegenwart und Zukunft seinen Stellenwert.

Falsch und zu spät nannte *Otto John,* einer der überlebenden Verschwörer, das Attentat des Obersten Graf Stauffenberg auf den «Führer und Reichskanzler» *Adolf Hitler.* Innerhalb von wenigen Stunden war der Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 gescheitert. Dies lag an der Halbherzigkeit der Frondeure, an Pannen und Missverständnissen bei der Durchführung und inneren Widersprüchen. Im entscheidenden Moment fehlte den Attentätern auch Fortune. Der 20. Juli 1944 war nicht der erste Putschversuch, dem Hitler entging. Mindestens zweimal hatte Oberst *Claus Schenk Graf von Stauffenberg* selbst versucht, den Diktator ums Leben zu bringen. Nur wenige Tage zuvor, am 16. Juli, hatten ihn seine Mitverschwörer schmählich im Stich gelassen. Die Attentatsversuche aus früheren Kriegsjahren (1943: *Axel von dem Bussche, Rudolf-Christoph von Gersdorff, Fabian von Schlabrendorff,* 1944: *Ewald Heinrich von Kleist*) waren nicht minder erfolglos. Jedes Mal durchkreuzte der Diktator in allerletzter Minute die Pläne. Und auch in der Nacht vom 20. auf den 21. Juli konnte sich ein wenn auch von den Vorgängen nicht unberührt gebliebener, so doch nur leicht verletzter Hitler in einer Rundfunkansprache an seine deutschen Volksgenossen wenden: *«Eine ganz kleine Clique ehrgeiziger, gewissenloser und zugleich verbrecherischer, dummer Offiziere hat ein Komplott geschmiedet, um mich zu beseitigen.»*

Einer der Entschiedensten im Widerstand gegen Hitler, *Henning von Tresckow,* hatte kurz vor der Landung der Alliierten in der Normandie zu entschlossenem Handeln gedrängt: *«Das Attentat muss erfolgen, coûte que coûte. Sollte es nicht gelingen, so muss der Staatsstreich versucht werden.»* Politisch und militärisch war der Handlungsspielraum des Deutschen Reiches im Sommer 1944 mehr als eng. Die Niederlage war unvermeidlich, ein freies Optieren zwischen Ost und West nicht mehr möglich. Auch Stauffenberg wäre nach gelungenem Attentat keine andere Möglichkeit geblieben, als den Krieg durch rasche Kapitulation zu beenden. Die Aufteilung des Reiches in verschiedene Besatzungszonen war zum Zeitpunkt des Putsches bereits beschlossene Sache der Anti-Hitler-Koalition.

Symbolwirkung als «Aufstand des Gewissens»

Dennoch ist das Attentat, das vor einem halben Jahrhundert scheiterte, mittlerweile aus der Geschichte nicht mehr wegzudenken. Die Männer des 20. Juli bezahlten ihr Eintreten fürs wahre Vaterland und gegen das Unrechtsregime mit dem Leben. Sie wurden zum Symbol der guten Deutschen, weil sie in den dunklen Jahren der Tyrannei der totalitären Versuchung widerstanden hatten. Die Attentäter um Stauffenberg wollten immer beides: Handeln und Zeugnis ablegen. In ihrem

Handeln sind sie auf der ganzen Linie gescheitert. Das Zeugnis diente der Wiederherstellung der legitimen Macht. Durch ihr Zeugnis für ein anderes, anständiges Deutschland haben sie wesentlich dazu beigetragen, dass die Bundesrepublik nach dem verlorenen Krieg relativ rasch in den Kreis der freien Demokratien der westlichen Welt zurückfinden konnte.

Deutschland, der Gegner von einst, wurde zum Partner des Westens, der in der europäischen Nachkriegsgeschichte eine wichtige Funktion zu erfüllen hatte. Dies allein mit der politischen Frontstellung des kalten Krieges erklären zu wollen, würde zu kurz greifen. Der 20. Juli steht für die moralische Legitimität der noch jungen Bundesrepublik. Als «Aufstand des Gewissens» ermöglichte er den Anschluss an ältere, positive Kontinuitätsstränge der deutschen Geschichte und widerlegte die *Vansittart*sche These, dass die Neigung zur Tyrannei, die nationalsozialistische Diktatur gewissermassen in der deutschen Volksseele angelegt sei und die deutsche Geschichte seit *Luther* über *Friedrich den Grossen, Bismarck* und *Bethmann-Hollweg* geradewegs auf Hitler zulaufe. Die skeptische Frage des angelsächsischen Auslandes in den ersten Nachkriegsjahren lautete denn auch: *«Was there an ‹other Germany›?»* Erst allmählich brach sich die Überzeugung Bahn, dass es in Deutschland auch Männer und Frauen gegeben hatte, die dem totalitären Regime widerstanden hatten.

Die Attentäter um Stauffenberg wollten immer beides: Handeln und Zeugnis ablegen.

Noch in den fünfziger Jahren war die Haltung der Deutschen zum Widerstand gegen Hitler und seine Berechtigung geteilt. Der heimkehrende Frontsoldat und die ums Überleben kämpfende Trümmerfrau hatten anderes im Sinn als die Pflege des Gedächtnisses der Hingerichteten vom 20. Juli. Die Sorge ums tägliche Brot überwog; der Blick war nach vorne gerichtet. Neun Millionen Parteigenossen mussten in die Gesellschaft der Bundesrepublik integriert werden. Der Gedanke an den Widerstand interessierte nach 1945 nur eine schmale Schicht, genauso wie er vor 1945 Angelegenheit einiger weniger gewesen war. Das hängt nicht zuletzt mit den besonderen Bedingungen zusammen, die den Kampf gegen Hitler und sein Regime so schwer machten. Erst 1941, als Hitler bereits mit dem Angriff auf die Sowjetunion dem Krieg die entscheidende Wendung gegeben hatte, sich aber immer noch im Glanz der militärischen Siege des Westfeldzugs sonnen konnte, nahmen die Gruppen der Opposition organisatorische Gestalt an.

Widerstand ohne Volk

Zum Zeitpunkt des Attentats war die Mehrheit der Deutschen zwar nicht mehr für Hitler, aber sie war auch noch nicht gegen Hitler. Und wer sich an den Eifer fanatischer «Goldfasane» und SS-Leute erinnert, die noch in den letzten Apriltagen des Jahres 1945 Volksgenossen standrechtlich erschiessen liessen, weil jene Zweifel am unmittelbar bevorstehenden Endsieg geäussert hatten, und sich dafür aber mit Volkssturm und Werwolf auf eine Fortsetzung des Kampfes gegen die anglo-amerikanischen Truppen auch nach der Kapitulation der Wehrmacht vorbereiteten, dem wird jene These vom «Widerstand ohne Volk» einleuchten. Der Widerstand gegen Hitler war keine *Résistance,* und auch keine *Resistenza,* die sich gegen eine oppressive Feindmacht auflehnte. Deutscher Widerstand gegen Hitler war unter den besonderen Bedingungen des Zweiten Weltkriegs immer auch mit dem moralischen Dilemma verbunden, den Kampf zum Sturz des Regimes mit dem Preis der Niederlage des Vaterlands bezahlen zu müssen. Das Stigma des vermeintlichen Landesverräters begleitete die Widerständler auf Schritt und Tritt. Schon im Krieg hatten Briten und Amerikaner wenig Verständnis übrig für diese seltsame Frontstellung der Männer der deutschen Opposition: gegen Hitler und für die eigene Nation. Mit sarkastischen Bemerkungen verglichen sie die deutschen Frondeure mit den jakobitischen Oppositionellen gegen *Wilhelm von Oranien* unter *General Monk* (1688/89). Nationalsozialisten und deutsche Patrioten wurden in einen Topf geworfen.

Jenes Epitheton «Verräter» wurde auf der äussersten politischen Rechten in der Bundesrepublik gerne benutzt, um unter der Prämisse «einmal Verräter, immer Verräter» die Überlebenden des 20. Juli zu verunglimpfen. Die Diskussion «Verräter oder Patrioten» wurde im wesentlichen in den fünfziger Jahren ausgetragen und ab-

geschlossen. Mit ihrer Entscheidung, sich bei ihren geheimen Kontaktversuchen an die Westmächte zu wenden, hatten die Männer des Widerstandes gewissermassen die aussenpolitische Grundoption der Bundesrepublik vorweggenommen.

Recht auf Widerstand

Im Jahre 1968 nahm der Deutsche Bundestag das Recht auf Widerstand ins Grundgesetz auf, dessen Artikel 20 lautet: *«Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.»* Fabian von Schlabrendorff, Überlebender des 20. Juli und zu jener Zeit Richter am Bundesverfassungsgericht, hatte im Rückblick diese Entscheidung als *«politisch instinktlos»* bezeichnet. Widerstand bedürfe keiner rechtsstaatlichen Weihe. Hausbesetzer, Atomgegner und Pazifisten führen seitdem gerne das Wort vom Widerstand im Mund, wenn sie gegen die bestehende politische Ordnung protestieren, und meinen doch Verschiedenes von dem, worum es den Männern des 20. Juli gegangen war: die Beseitigung eines verbrecherischen Regimes und die Wiederherstellung des Rechts. Viele Diskussionen über die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der deutschen Opposition gegen Hitler, über die Rivalitäten zwischen der fortschrittlichen Gruppe der «Jüngeren», den Kreisauern um *Trott, Moltke* und *Haeften*, die einen radikalen Neuanfang befürworteten, und der Gruppe der «Älteren», den Honoratioren um *Beck, Goerdeler* und *Hassell,* die ein mehr konservatives Staatsverständnis hatten und für ein an der Machtpolitik orientiertes Handeln Deutschlands plädierten, muten aus heutiger Sicht eher akademisch an.

Von den Verfassungsplänen Goerdelers und den Selbstverwaltungsplänen der Kreisauer wurde in der Bundesrepublik kaum etwas verwirklicht. Andere Vorstellungen, wie Dezentralisierung und Föderalismus, indes gingen ins Bonner Grundgesetz ein. In unserem heutigen Verständnis des Wortes war der Attentäter Stauffenberg sicher kein Demokrat. Doch jenseits der Debatten um Kabinettslisten und Verfassungspläne ging es den Widerständlern um die alles entscheidende Frage: Für oder gegen Hitler? Das erste Gebot des Widerstandes lautete in den Worten des Verbindungsmanns des Auswärtigen Amts beim Oberkommando des Heeres, *Hasso von Etzdorfs: «Der Kerl muss weg.»* Für alles andere wäre danach noch genügend Zeit gewesen.

Das Attentat vom 20. Juli steht am Ende eines schwierigen, von inneren Anfechtungen, Missverständnissen und Neuaufbrüchen geprägten Weges.

Richtig ist, dass einige der Überlebenden sich im restaurativen Klima der fünfziger Jahre ein zweites Mal übergangen fühlten und sich, wie der frühere Kreisauer und kurzzeitige schleswig-holsteinische Ministerpräsident (1946/47) *Theodor Steltzer,* resigniert ins Privatleben zurückzogen. Andere Männer des Widerstands, wie der bayerische Justizminister *Josef Müller* («Ochsensepp»), verwickelten sich in Widersprüche beim Umgang mit der historischen Wahrheit und mussten daraufhin zurücktreten.

Wieder andere, wie der damalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Otto John, der just am zehnten Jahrestag des 20. Juli von einem Teil Deutschlands in den andern überlief, kamen mit der politischen Wirklichkeit des kalten Krieges nicht zurecht oder wurden innerparteilich marginalisiert wie *Jakob Kaiser,* dessen Plädoyer für ein Deutschland als Mitte und Brücke zum Osten im Gegensatz zu *Konrad Adenauers* konsequenter Politik der Westintegration stand. Konrad Adenauer, der erste Kanzler der zweiten Republik, war kein Mann des Widerstandes. Er war alles andere als eine geborene Verschwörernatur und stand zeitlebens den Männern des 20. Juli mit skeptischer Distanz gegenüber. Doch das zentrale Anliegen der Männer des 20. Juli war auch sein politisches Leitmotiv: Die Deutschen, in deren Namen in den Jahren 1933–1945 so viel Unrecht geschehen war, sollten ihr Haupt wieder aufrecht tragen können.

Der amerikanische Publizist *Carl Sulzberger* hatte die Lehren des 20. Juli bereits 1946 in einem in der «New York Times» erschienenen Artikel zutreffend auf den Punkt gebracht: *«If the Germans are to learn to want freedom, then the men of the resistance will not have died in vain.»* Deutsche konnten zu Recht wieder auf Deutsche stolz sein. Das «andere Deutschland» des Widerstandes war bewusstes Gegenmodell zum Hitlerstaat. Ähnlich dem biblischen Gleichnis vom Weizenkorn, das

sterben muss, um Frucht zu bringen, war die Tat Stauffenbergs ein in die Zukunft gerichtetes Zeichen der Hoffnung.

Schwieriger Umgang mit der Vergangenheit

Das Bekenntnis zum 20. Juli zählt mittlerweile zum Repertoire der politischen Klasse der Bundesrepublik. Das Attentat auf den Tyrannen hebt sich wohltuend ab von dem, was man sonst in Deutschland als «jüngste Vergangenheit» zu bezeichnen pflegt. Auch wenn Hitlers Gedankengut diskreditiert ist und sich niemand, der im politischen Diskurs ernst genommen werden will, auf den Diktator berufen kann, so blieb doch von Hitler wenig und viel zugleich. Normalität konnte und durfte der jungen Bundesrepublik nicht vergönnt sein. Nationalbewusstsein wurde für viele Deutsche zum Fremdwort. Das Verhältnis zum Staat blieb auch für die Generationen der nach Hitler Geborenen ein schwieriges. Dieser schwierige Umgang mit der Vergangenheit bringt es mit sich, dass die Debatten über den 20. Juli zum Reflex der politischen Gegenwart wurden. Kalter Krieg und Deutsche Frage, die grossen Diskussionen der Nachkriegszeit über Wiederbewaffnung, Westintegration, Notstandsgesetzgebung, Verjährung und «Vergangenheitsbewältigung» spiegeln sich wider in den Stufen und Phasen der Erforschung des Widerstandes gegen Hitler. In den sechziger Jahren setzte eine vornehmlich von der jüngeren Historikergeneration getragene Kritik an den als rückwärtsgewandt bezeichneten gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Männer vom 20. Juli ein. Können Reaktionäre von gestern Vorbilder für morgen sein? Wer so spricht, vergisst, dass das Attentat vom 20. Juli am Ende eines schwierigen, von inneren Anfechtungen, Missverständnissen und Neuaufbrüchen geprägten Weges des Widerstandes steht. Die abgerissene Verbindung zur freiheitlich-westlichen Welt, welche die Männer um Stauffenberg wiederaufzunehmen suchten, indem sie in geheimen Sondierungen bereits im Vorfeld des Attentats die Haltung der Westmächte zu einem von Hitler befreiten Deutschland erkundeten, wurde durch die Tat Stauffenbergs wiederhergestellt.

Bereits im Frühjahr 1944 schrieb *Ernst Jünger* in seinem Tagebuch über den Widerstand gegen Hitler zutreffend: *«Man sieht dann auch, dass die moralische Substanz zum Zuge drängt, nicht die politische.»* Am Ende stand die Tat, die Zeugnis ablegte von der Auflehnung einer kleinen Gruppe gegen den Totalitätsanspruch des nationalsozialistischen Staates und seiner innerweltlichen Heilslehre. Nirgendwo ist dieser Aufstand des Gewissens deutlicher formuliert als in der Erwiderung *Hans Bernd von Haeftens* vor dem Volksgerichtshof auf *Freislers* Frage, ob er einsehe, dass er Verrat geübt habe: *«Juristisch ist es Verrat, tatsächlich nicht, denn eine Treuepflicht habe ich nicht mehr empfunden. Ich sehe in Hitler den Vollstrecker des Bösen in der Geschichte.»* ✦

ULRICH SCHLIE

SPLITTER

Nein, eine Grenze hat Tyrannenmacht,
Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden,
Wenn unerträglich wird die Last – greift er
Hinauf getrosten Mutes in den Himmel –
Und holt herunter seine ew'gen Rechte,
Die droben hangen unveräusserlich
Und unzerbrechlich wie die Sterne selbst.

SCHILLER, *«Wilhelm Tell», Rütliszene*